



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Kreistages

Sitzungsdatum: Montag, den 13.11.2017
Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:24 Uhr
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Nuß, Eberhard

stellv. Landrat

Haupt-Kreutzer, Christine
Amrehn, Armin
Heußner, Karen
Brohm, Waldemar

anwesend ab 9:09 Uhr

Mitglieder der CSU Fraktion

Ländner, Manfred, MdL
Behon, Rosa
Eberth, Thomas
Endres, Alfred
Feuerbach, Anita
Friedrich, Rainer
Götz, Jürgen
Hügelschäffer, Karl
Jungbauer, Björn
Klüpfel, Uwe
Krämer, Helmut
Kuhn, Barbara
Lörner, Heiko
Losert, Burkard
Meckelein, Karl
Menig, Heiko
Rhein, Bernhard
Schäfer, Elisabeth
Schmidt, Martina
Schmitt, Roland
Schraud, Rosalinde
Schulz, Jutta
Wild, Martina
Wunderlich, Marion
Zenner, Marc
Zorn, Matthias

anwesend bis 10:51 Uhr

anwesend bis 11:10 Uhr

anwesend bis 11.23 Uhr

Mitglieder der SPD Fraktion

Wolfshörndl, Stefan
Eck, Joachim
Gernert, Sibylle
Götz, Eberhard
Halbleib, Volkmar, MdL
Kinzkofer, Rainer
Ries, Sonja
Schlereth, Bernhard
Schmid, Harald
Schnapp, Ute
Stichler, Peter
Wesselowsky, Peter

anwesend bis 11:12 Uhr

anwesend ab 9:17 Uhr

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Trautner, Christoph
Celina, Kerstin
Heeg, Rita
Meixner, Josef
Müller, Gerhard
Pumpurs, Eva
Stahl, Fred
Winzenhörlein, Sven

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fiederling, Hans
Joßberger, Ernst
Juks, Peter
Kinzinger, Lioba
Rost, Peter, Dr. med. anwesend bis 11:17 Uhr
Rützel, Thomas
Wild, Lothar

Mitglieder der REP

Seifert, Berthold anwesend ab 9:09 Uhr
Kienast, Ernst-Alfred

Mitglieder der ÖDP

Henneberger, Matthias
Marold, Viktoria

Mitglieder der FDP

Kuhl, Wolfgang

Schriftführer/in

Münch, Alexandra

Außerdem anwesend:

2 Vertreter der Medien
10 Zuhörer

vom Landratsamt:

Herr Wallrapp (S)
Frau Dengel (GB 2)
Herr Huppmann (GB 4)
Frau Haas (GB 5)
Frau Waltert (SFB 2)
Frau Münch (SFB 2)
Frau Troll (SFB 2)
Frau Schorno (SFB 3)
Herr Dröse (SFB 4)
Frau Hümmer (ZFB 2)
Herr Schebler (ZFB 2)
Herr Dürr (ZFB 5)

vom Kommunalunternehmen:

Herr Prof. Dr. Schraml
Frau von Vietinghof-Scheel
Herr Stiller
Herr Schell

Zu TOP Ö 3:

Frau Dipl.-Ing. FH Braunschmidt, GKP Architekten GmbH, Würzburg
Herr Link , Projektmanager, Hitzler Ingenieure, München

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der CSU Fraktion

Brell, Hermann	entschuldigt
Lehrieder, Paul, MdB	entschuldigt
Umscheid, Martin	entschuldigt

Mitglieder der SPD Fraktion

Distler, Eva-Maria, Dr. med.	entschuldigt
Koch, Heinz	
Linsnbreder, Eva	entschuldigt

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Freiherr von Zobel, Heinrich	entschuldigt
Fuchs, Rainer	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Änderung in der Besetzung des Kreistages; Vereidigung einer Kreisrätin **SFB 2/027/2017**
2. Änderung in der Besetzung der Ausschüsse des Kreistages **SFB 2/028/2017**
3. Generalsanierung Main-Klinik Ochsenfurt **KU/061/2017**
4. ÖPNV - Neuorganisation Verkehrsverbund **KU/062/2017**
5. Bekanntgaben - Sonstiges
- 5.1. Antrag der FDP Würzburg-Land; Hare-Niemayer beibehalten - Keine Rückschritte beim Wahlrecht **SFB 2/030/2017**
- 5.2. Ortsumfahrung Rimpar
- 5.3. Angebot von Führungen im Jobcenter in der Nürnberger Straße 47a

Landrat Eberhard Nuß begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie die Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage: SFB 2/027/2017
		TOP 1
		öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats (SFB2)

Betreff:

Änderung in der Besetzung des Kreistages; Vereidigung einer Kreisrätin

Sachverhalt:

Frau Marion Reuther hat ihr Kreistagsmandat zum 31.08.2017 aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Als nächste Listennachfolgerin aus dem Wahlvorschlag Nr. 2, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) rückt Frau Ute Schnapp aus Veitshöchheim in den Kreistag nach.

Frau Schnapp wurde gemäß den wahlrechtlichen Bestimmungen gebeten, sich über die Annahme zur Wahl zur Kreisrätin sowie über die Bereitschaft, den Eid oder in dem gesetzlich dafür vorgesehenen Gelöbnis gemäß Art. 24 Abs. 4 der Landkreisordnung, zu erklären.

Diese Erklärung hat Frau Schnapp abgegeben.

Herr Landrat Nuß bittet Frau Schnapp darum, vorzutreten und ihm die Eidesformel nachzusprechen.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt Kenntnis, dass Frau Ute Schnapp, Wahlvorschlag Nr. 2 SPD, für die ausgeschiedene Kreisrätin Marion Reuther in den Kreistag des Landkreises Würzburg nachrückt.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Anwesend: 60

Beschluss-Nr.: KT/2017.11.13/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an S, SFB 1, SFB 2

Zur Kenntnis an KU-Besoldungsstelle

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage: SFB 2/028/2017
		TOP 2
		öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats (SFB2)

Betreff:

Änderung in der Besetzung der Ausschüsse des Kreistages

Sachverhalt:

Durch die Niederlegung des Kreistagsmandats von Frau Marion Reuther zum 31.08.2017 sind bei der SPD folgende Ausschusspositionen neu zu besetzen:

- Kreisausschuss – stellvertretendes Mitglied
- Sozialausschuss – ordentliches Mitglied
- Personalausschuss – stellvertretendes Mitglied

Die SPD hat durch Ihren Fraktionsvorsitzenden, Kreisrat Stefan Wolfshörndl, mitgeteilt, dass die Ausschusspositionen künftig wie folgt besetzt werden sollen:

- Kreisausschuss – Kreisrat Bernhard Schlereth (stellvertretendes Mitglied)
- Sozialausschuss – Kreisrätin Ute Schnapp (ordentliches Mitglied)
- Personalausschuss – Kreisrätin Ute Schnapp (stellvertretendes Mitglied)

Weiterhin war Frau Marion Reuther im Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg und im Zweckverband Naherholung als stellvertretendes Mitglied sowie im Zweckverband der Sing- und Musikschule als ordentliches Mitglied.

Diese Ämter werden mit folgenden Kreisräten besetzt:

- Verwaltungsrat Kommunalunternehmen - Harald Schmid (stellvertretendes Mitglied)
- ZV Naherholung - Eberhard Götz (stellvertretendes Mitglied)
- ZV Sing- und Musikschule – Rainer Kinzkofer (ordentliches Mitglied)

Die Mitglieder des Kreistages werden um Kenntnisnahme und Zustimmung gebeten.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt den vorgetragenen Änderungen in der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse des Kreistages sowie der sonstigen Gremien zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Anwesend: 60

Beschluss-Nr.: KT/2017.11.13/Ö-2

Zur weiteren Veranlassung an SFB 1, SFB 2

Zur Kenntnis an S, ZB, Vorzimmer Landrat, GB 4, KU, ZV Naherholung, ZV Sing- und Musikschule

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage: KU/061/2017
		TOP 3
		öffentlich

Fachbereich: Kommunalunternehmen

Betreff:

Generalsanierung Main-Klinik Ochsenfurt

Anlage/n: Konzept der Generalsanierung
Präsentation

Sachverhalt:

Landrat Nuß. weist zunächst darauf hin, dass mit dem heutigen Tagesordnungspunkt ein 2,5-jähriger intensiver Denkprozess abgeschlossen werde und mit den Beschlüssen die technische Phase eingeleitet werden könnte.

Er äußert sich, dass die Diskussionen bisher nicht einfach waren. Es gehe darum, zwei große Verantwortungen unter einen Hut zu bringen. Zum einen gehe es um die Verantwortung der medizinischen Grund- und Regelversorgung der Menschen im Süden des Landkreises Würzburg – und nicht nur dort – und um die nicht minder große Verantwortung der Gemeinden - auch einer künftigen Kreistagsgeneration gegenüber, die ohne Zweifel eine große finanzielle Last zu stemmen haben und die sich finanziell in eine Dimension begeben und für ein Zeitlang binden - wie er es zumindest noch nicht erlebt habe.

Er betont, dass die Verantwortlichen vom Kommunalunternehmen (KU) und in der Main-Klinik – allen voran Prof. Dr. Alexander Schraml und Herr Christian Schell in dem 2,5-jährigen Denkprozess den Entscheidungsträgern stets argumentativ zur Seite gestanden, viele Fraktionssitzungen besucht, zu vor Ort Besichtigungen eingeladen und diese Sonder-sitzung intensiv vorbereitet haben. Diese werden in einer gründlichen Zusammenfassung die Notwendigkeiten und die erforderlichen Schritte zur Sanierung der Main-Klinik Ochsenfurt darlegen.

Prof. Dr. Schraml, Vorstand des Kommunalunternehmens, geht zunächst auf die Aspekte ein, die für die heutige Entscheidung ausschlaggebend waren.

Er weist darauf hin, dass die Main-Klinik laut Planungsausschuss des Freistaates Bayern bedarfsnotwendig ist. Aufgrund der hohen Auslastung der Klinik hat der Freistaat Bayern eine Erhöhung der Bettenanzahl von ursprünglich 130 auf 140 Betten bewilligt. Bis zum Abschluss der Generalsanierung werden ca. 12 Jahre vergangen sein. Dies würde bedeuten, dass aufgrund des demographischen Wandels mit Sicherheit eine erhöhte Nachfrage nach Krankenhauskapazitäten zu erwarten wären. Deshalb sei jetzt in eine Krankenhaussanierung zu investieren, da dies auch eine Investition in die Zukunft sei.

Beim 2. Aspekt gehe es um den Umfang der Baumaßnahme. Er äußert sich, dass ursprünglich nur der Austausch der Wasserleitungen geplant gewesen sei, was in vielen Bereichen einer Klinik einer Generalsanierung gleiche. Aufgrund dessen habe man Kontakt mit dem Ministerium aufgenommen. Von dort kam der eindringliche Appell, die Sanierung nicht nur auf die Wasserleitungen zu beschränken, sondern sich Gedanken über die Zukunft zu machen und eine Gesamtplanung anzugehen, die auf 10-15 Jahre ausgelegt ist. Er weist darauf hin, dass die hier vorgestellte Gesamtplanung in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium abgestimmt wurde.

Beim 3. Punkt stellt sich angesichts der Dimension der Maßnahme immer die Frage nach einem Neubau, evtl. mit einem anderen Standort. **Prof. Dr. Schraml** weist darauf hin, dass ein Neubauvorhaben erheblich teurer käme als die jetzige Sanierung, da noch die Kosten für die Infrastruktur hinzukämen. Zudem sei nebenan der Hangar (Christoph 18) erst vor kurzem saniert worden. Weiterhin sei erst vor wenigen Wochen der Grundstein für ein Dialysezentrum – das Kuratorium für Dialyse und Niedertransplantation - in unmittelbarer Nachbarschaft gelegt worden. Auch diese setzen auf die Partnerschaft mit dem Landkreis Würzburg. Das Thema Neubau und das Thema Standort sei allein aus diesen Gründen eigentlich keine Diskussion.

Der 4. Punkt sei der Zeitpunkt. Zum einen liege dies an den Gesundheitsbehörden, was die Wasserversorgung angeht. Viel wichtiger erscheine jedoch die Tatsache, dass im nächsten Jahr der Freistaat Bayern sein Investitionsvolumen von rund 500 Mio. Euro jährlich auf 643 Mio. Euro jährlich erhöht. Von diesen zusätzlichen 143 Mio. Euro fließen allein 90 Mio. Euro in die Einzelmaßnahmen. Er weist darauf hin, dass viele Kreiskliniken und städtische Kliniken derzeit vorstellig werden, um Fördermittel zu erhalten. Daher sei es wichtig, das Jahr 2018 zu nutzen, um mit dem ersten Bauabschnitt in die Förderung zu kommen und damit auch für alle weiteren ein positives Signal vom Ministerium zu erhalten.

Prof. Dr. Schraml geht anschließend auf die Gestaltung der Umbauphase ein. Nach den bisherigen Planungen ist davon auszugehen, dass zu jedem Zeitpunkt der Baumaßnahme alle Planbetten verfügbar sind und dass sich die Beeinträchtigung der Patienten auf ein notwendiges Minimum reduziert.

Der 5. Punkt sei das Thema Erschließung der Straße. Er weist darauf hin, dass es für die Klinik-Geschäftsführung unabdingbar sei, eine Not-Erschließung für die Klinik zu bekommen, so dass für den Notfall eine Erschließungsstraße vorhanden wäre.

Ein weiterer wünschenswerter Punkt wäre, die Situation ab dem Kindergarten St. Thekla zu entschärfen. Auch da seien bereits mit der Stadt Ochsenfurt und der Landkreisverwaltung Gespräche geführt worden. Dieses Thema werde in einer der nächsten Kreisausschusssitzungen erörtert und beschlossen werden.

Was den heutigen Beschlussvorschlag angehe, so sei dieser vom Ingenieurbüro Hitzler empfohlen worden, das federführend das Antragsverfahren begleitet. Er weist darauf hin, dass dieser ein Muster darstelle, um gegenüber den Förderbehörden auch die Entschlossenheit des Eigentümers zum Ausdruck zu bringen, aber nicht nur gegenüber den Förderbehörden, sondern auch gegenüber alldenjenigen, die dem Projekt wohlgesonnen sein müssen, damit das ganze auch funktioniert. Er teilt mit, dass für Dezember bereits ein Termin mit dem Bayer. Landkreistag, mit der Bayer. Krankenhausgesellschaft und der AOK Bayern, die ebenfalls im Landesplanungsausschuss sitzen und für das Krankenhausförderprogramm zuständig sind, vereinbart worden sei.

Als letzten Punkt benennt **Prof. Dr. Schraml** die Personen, die für dieses Projekt stehen. Dies sei zum einen die Geschäftsführung mit Herrn Schell, zum anderen der stellv. Verwaltungsleiter, Herr Dr. Sonnek.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Schraml erläutert zunächst die Dipl.-Ing. FH Architektin, Frau Braunschmidt, von der GKP Architekten GmbH, Würzburg die genaue Planung der Generalsanierung. Der Projektmanager, Herr Link, vom Ingenieurbüro Hitzler Ingenieure, München, geht im Anschluss auf die Kosten näher ein.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag stimmt der Gesamtkonzeption der Main-Klinik-Generalsanierung und der Verwirklichung des gesamten Bauabschnittes 1 (BA 1a, BA 1b, BA 1c) zu.
2. Der Kreistag stimmt dem vorzeitigen Baubeginn für den Bauabschnitt 1 zu, sobald der Ministerrat die Generalsanierung und Erweiterung der Main-Klinik Ochsenfurt in ein Jahresbauprogramm aufgenommen hat.
3. Der Kreistag beschließt als Abschlagszahlung für den zu erwartenden Eigenanteil einen Betrag von jeweils 2 Mio. € für die nächsten sieben Haushaltsjahre (ab 2018) aufzunehmen.

Debatte:

In der anschließenden Debatte nimmt **Fraktionsvorsitzender Ländner, MdL (CSU)** Stellung zum wohl größten Investitionsprojekt des Landkreises seit vielen Jahrzehnten. Er teilt mit, dass nach ausgiebiger Diskussion und Abwägung aller Umstände die CSU-Fraktion in großer Mehrheit dem heutigen Vorschlag zustimmen werde.

Er führt weiter aus, dass es ein großer Wunsch gewesen wäre, wenn die beteiligte Stadt etwas offener gewesen wäre, was die Zuführung, Zuwegung oder sonstige Dinge betrifft.

Er kritisiert das zögernde Verhalten der betroffenen Stadt seitens des Bürgermeisters und der Gemeinderäte, eine Investition von 89 Mio. Euro in deren Stadt zu holen.

Weiterhin weist er darauf hin, dass auch die Frage nach der Finanzierung noch geklärt werden müsse – finanziert das Kommunalunternehmen oder finanziert der Landkreis Würzburg.

Diese Entscheidung sei heute allerdings nicht zu treffen, sondern es gehe beim heutigen Beschluss darum, ein klares Votum an den Zuschussgeber zu setzen, der wesentliche Teile übernimmt. Er betont, dass zurecht eine Bezuschussung durch den Zuschussgeber nur dann erfolgt, wenn grundlegend für die Zukunft etwas geschaffen wird. Im Moment gebe es zwei Parteien, die es sich leisten können: der Freistaat Bayern und der Landkreis Würzburg.

Ob diese finanzielle Verfügbarkeit über Jahre andauern wird, sei auch eine berechtigte Frage, die jeder für sich selbst beantworten muss. Amtspflicht heißt Verantwortung zu übernehmen. Mit einer Zustimmung übernehme man heute Verantwortung für die Zukunft einer Klinik und setze dadurch ein klares Zeichen an den Zuschussgeber.

Offen bleibt, die enge Begleitung des Kreistages, die er sich hiermit wünsche.

Weiterhin sollte in den nächsten Monaten in großer Offenheit die Frage der Finanzierung - KU oder Landkreis - gelöst werden und es sollten auch die Wünsche hinsichtlich der Verkehrserschließung erfüllt werden.

Fraktionsvorsitzender Wolfshörndl (SPD), geht von weit höheren Kosten aus, die bis zur Beendigung der Baumaßnahme anfallen werden. Er geht von einer Summe 100 + x Mio. Euro aus. Er äußert sich, dass in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv über das Thema diskutiert worden sei und welche Alternativen es zur Generalsanierung gebe. Letztendlich wäre die Alternative zur einer Generalsanierung, die Klinik irgendwann zu schließen. Das von Seiten der Geschäftsleitung der Klinik und vom Kommunalunternehmen vorgelegte Gesamtkonzept sei durchaus gelungen und schlüssig. Er sehe jedoch durchaus noch einige Punkte, die es in den kommenden Wochen noch zu klären gibt, wie beispielsweise die Erschließung.

Er merkt an, dass der Kreistag die Verantwortung hat für alle 52 Gemeinden im Landkreis Würzburg, die Umlagezahler, für alle Infrastrukturprojekte in den Kommunen – auch wenn durchaus kritisch angemerkt wurde, dass die Stadt Ochsenfurt mit Schwimmbad- und Schulsanierung, Senioreneinrichtung und Main-Klinik viele, viele Landkreiseinrichtungen hat, und dass das auch nicht ein Selbstläufer ist, sondern dass man hier auch gemeinsam zusammenarbeiten muss.

Er führt weiter aus, dass Sanierungen in der Klinik so oder so im großen Umfang fällig wären. Die Eigenanteile sind vom Landkreis zu schultern, auch wenn allen bewusst ist, dass es kein einfaches Unterfangen ist auf lange Zeit.

Wichtig sei die medizinische Versorgung in der Region, daher sollte uns diese Investition das Geld wert sein.

Die SPD-Kreistagsfraktion spricht sich daher für die Sanierung aus.

Fraktionsvorsitzender Fiederling (UWG-FFW) weist darauf hin, dass der heutige Beschluss eine wichtige Entscheidung sei, da die heutigen Beschlüsse die Kreispolitik und den Kreishaushalt für die nächsten 20-30 Jahre beeinflussen werden. Es stelle sich daher zu recht die Frage, inwieweit ein Krankenhaus im Süden benötigt wird, zumal der Landkreis Würzburg durch die gute Krankenhausausrüstung der Stadt Würzburg sicher versorgt ist. Er äußert sich, dass er sich intensiv mit dem Thema beschäftigt habe, auch mit der Belegung in den Krankenhäusern, frühzeitige Entlassungen wegen Bettenmangel usw. was zeigt, dass eine Notwendigkeit für ein Krankenhaus im Landkreis zu begründen ist.

Das heute vorgestellte Sanierungskonzept sei sinnvoll. Ferner sei die Generalsanierung auch eine Stärkung des ländlichen Raums mit Arbeitsplätzen und auch der guten medizinischen Versorgung.

Klar sei, dass die Main-Klinik derzeit ein Defizit von 1 – 1,5 Mio. Euro macht, hinzu kommen nochmal 2 Mio. Baukostenförderung d.h., dies wird in den nächsten Jahren jeweils im Landkreishaushalt entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Die UWG-FW-Kreistagsfraktion spricht sich für die Sanierung und die Beschlüsse heute aus, jedoch mit der einen Einschränkung beim 3. Beschluss, dass die Zahlungen in den Haushaltsberatungen, je nach Arbeitsschritt entsprechend einzubringen sind oder in enger Abstimmung mit dem Umbau der Klinik erfolgen.

Verwunderlich sei für ihn, dass die Erschließung der Straße so lange hingenommen wurde. Derzeit sei die Stadt Ochsenfurt dabei, in diesen Bereich einiges zu tun. Inwiefern es sich da schon um die optimale Lösung für die Zukunft handele, sei Aufgabe der Stadt Ochsenfurt.

Er regt an, nochmal darüber nachzudenken, inwieweit das Zentrallager wirklich auf den Berg gebaut werden muss, oder ob man hier den ein oder anderen Verkehr auslösen könnte.

Insgesamt halte er die Sanierungsmaßnahme für notwendig und wichtig, daher erfolgt hier Zustimmung.

Fraktionsvorsitzender Trautner (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass seine Fraktion die Sanierung der Main-Klinik Ochsenfurt befürwortet und unterstützt.

Er weist darauf hin, dass diese Klinik für die medizinische Grundversorgung im Landkreis Würzburg gebraucht wird. Diese Klinik sei mit 80 % sehr gut ausgelastet und hat weit über die Landkreisgrenzen hinaus ihre Patienten. Auch wolle man den Standort Ochsenfurt erhalten und stärken, daher stimmen Die Grünen dem Generalsanierungskonzept zu.

Wichtig sei ein uneingeschränkter, dauerhafter und guter Zugang zu Lande und in der Luft. Daher müsse schnellst möglich die Zufahrt über den Ochsenfurter Greinberg erweitert und im oberen Teil umgebaut zu einer Einbahnregelung hergerichtet werden. Zusätzlich werde auf Dauer ein zweiter Zugang zur Klinik benötigt.

Aus seiner Sicht sei dies am schnellsten und am kostengünstigsten mit einer zweiten Zufahrt über Gnodstadter Gebiet mit Verbindung zur B 13 zu erreichen. Marktbreit hat dazu – nach Aussage des Bürgermeisters von Ochsenfurt – seine Zustimmung oder sein Wohlwollen signalisiert. Damit könnte man sich eine teure Brücke über das Bärenal sparn und eine zweite Anbindung bekommen, die auf Dauer den Ochsenfurter Greinberg entlastet und nach Süden hin verbindet. Er bittet hier um belastbare Zahlen und Planungen zur Beratung.

Kreisrat Matthias Henneberger teilt mit, dass auch die ödp/FDP-Ausschussgemeinschaft der geplanten Generalsanierung der Main-Klinik Ochsenfurt zustimmen wird.

Er spricht zwei wichtige Themen an. Das eine sei die Sicherheit. Das Fehlen einer echten unabhängigen Rettungs- oder Noterschließung sei noch immer ein dringender Handlungsbedarf. Der jetzige zweite Weg sei Augenwischerei. Das Thema muss dringend weiter verfolgt werden. Die Erweiterung und immer mehr Ambulant- und Praxispatienten und auch das neue Nierenzentrum, führe zu neuem Verkehrsbedarf.

Hier auch seine Bitte an die Baugenehmigungsbehörde hier im Landratsamt diese Problematik zu prüfen! Er sehe hier den Bedarf eines Gefahrgutachtens.

Der zweite wichtige Punkt seien die Finanzen. Er weist darauf hin, dass in der Fraktion immer betont wurde, es ginge in der Planungstiefe jetzt schon um Möbel, heute habe es dann geheißsen, es gehe bisher nur um die Grundrissplanung, alles andere sei nur errechnet. Das Ministerium zwingt zu selbständigen Bauabschnitten. Das KU argumentiert gleichzeitig, mit Eigenmitteln und Zuschüssen, die vor der Wahl besser zu halten seien, gleichzeitig aber auch mit einem Rechtsanspruch auf Förderung. Was ist denn nun?

Der Kreishaushalt könne ganz zweifelsfrei weitere Bauabschnitte nicht alleine stemmen. Das Argument alleinstehende Bauabschnitte – passt das zusammen mit unserer Wassersanierung? Muss im zweiten Abschnitt keine Wassersanierung vorgenommen werden? Er hofft, dass die Finanzierung auch in schlechten Zeiten ohne dramatische Auswirkungen auf die Kreisumlage auskommt, damit auch die weiteren Kreisrätinnen und Kreisräte es stemmen können.

Sein Fazit: Zustimmung aber auch weiter Handlungsauftrag. Echte Verbesserung der Erschließung – wenn nicht jetzt, dann zumindest mittelfristig und die Sicherung der Finanzierung für das Gesamtprojekt. Schließlich soll die Wassersanierung, die die Ursache war, auch abgeschlossen werden.

Kreisrat Seifert (REP) geht das alles ein bisschen zu schnell, schließlich handele es sich um das größte Investitionsprojekt des Landkreises für die nächsten Jahrzehnte.

Ihm sei zu wenig darüber diskutiert und geprüft worden. Der Kreistag wird immer wieder überrascht mit neuen Untersuchungsergebnissen und neuen Kosten, die Entwicklung geht irgendwo am Kreistag vorbei. Er frage sich, warum es zu dieser großen Generalsanierung keine Alternativvorschläge gibt. Vielleicht gebe es eine kleinere Lösung. Dem Kreistag werde nur die große Generalsanierung oder Neubau vorgestellt. Zum Neubau werde einfach behauptet, der kostet mehr, obwohl es sicher sei, dass man für dieses Geld auch ein Krankenhaus bauen kann, wenn man das entsprechend plant.

Er für seine Person sei für Ochsenfurt, für den Standort. Er regt an zu prüfen, ob es nicht noch einen besseren Standort in Ochsenfurt oder der näheren Umgebung gebe, wo man vielleicht ein neues, kleineres, aber modernes Krankenhaus bauen kann und das bisherige Objekt vielleicht als Altersheim oder wie auch immer umbaut.

Er kritisiert, dass heute über ein 90 Mio. Euro Objekt beschlossen werden soll, über das ihm zu wenig diskutiert wurde. Er erinnert an vergangene Projekte wie den Erweiterungsbau am Landratsamt oder das Gymnasium, über die seinerzeit ausführlicher informiert und diskutiert worden sei. Er fühle sich unter Druck gesetzt. Insofern könne er heute diesem Antrag nicht

zustimmen, er halte das nicht für verantwortbar, für sich als Person. Er bittet daher nochmals zu prüfen, ob nicht zumindest in eine Art Ideenwettbewerb eingestiegen werden könnte. Sein Fazit: „Krankenhaus in Ochsenfurt ja, aber muss es diese große teure belastende Generalsanierung sein.“

Kreisrat Dr. Rost meldet sich zu Wort, der als Hausarzt, an der Schnittstelle zwischen Würzburg und Ochsenfurt praktiziert. Er teilt mit, dass er häufig die Probleme mit der Bettenvergabe bei Patienten erlebe. Er sei dankbar, dass es die Main-Klinik in Ochsenfurt gebe, gerade in einer Zeit, wo sich die Würzburger Kliniken immer mehr spezialisieren. Gerade da wird ein Krankenhaus gebraucht, in dem auch noch Allgemein Medizin praktiziert wird. Er lobt die medizinische Versorgung im Krankenhaus Ochsenfurt aus eigenen Erfahrungen und von Erzählungen von Patienten und Assistenten. Sorgen mache ihm allerdings, der Kostenanstieg. Eine exponentielle Kurve geht seit 2014 bis 2017 hoch, er habe die Befürchtung, dass es immer so weitergeht. Er möchte nicht, dass aus Ochsenfurt ein Klein-Berlin werden wird.

Deshalb bittet er darum, eine Begrenzung der Kosten nach oben zu machen.

Er plädiert, für die Generalsanierung zu stimmen, jedoch zu überlegen, ob nicht eine Begrenzung nach oben erforderlich ist.

Kreisrat Jungbauer (CSU) meldet sich zu Wort. Er könne grundsätzlich der Sanierung zustimmen. Allerdings störe ihn die Art und Weise der Informationen und Diskussionen im Vorfeld. Eine große Informationsveranstaltung, die für März geplant war, habe so nicht stattgefunden. Die Fraktionen seien sicherlich ausreichend informiert worden, sollten sich aber in Kürze entscheiden. Die Höhe der Fördermittel sei noch nicht endgültig bekannt. Er halte es für bedenklich einen „Blankoscheck“ auszustellen, da dem Kreistag nicht bekannt sei was geschieht, wenn die Fördermittel nicht vollständig fließen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen ergänzt **Landrat Nuß** den vorliegenden Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der Gesamtkonzeption der Main-Klinik-Generalsanierung und der Verwirklichung des gesamten Bauabschnittes 1 (BA 1a, BA 1b, BA 1c) zu.
2. Der Kreistag stimmt dem vorzeitigen Baubeginn für den Bauabschnitt 1 zu, sobald der Ministerrat die Generalsanierung und Erweiterung der Main-Klinik Ochsenfurt in ein Jahresbauprogramm aufgenommen hat.
3. Der Kreistag beschließt als Abschlagszahlung für den zu erwartenden Eigenanteil einen Betrag von jeweils 2 Mio. € für die nächsten sieben Haushaltsjahre (ab 2018) aufzunehmen.
4. Über den Baufortschritt und die finanzielle Abwicklung erfolgt eine laufende Information im Kreistag.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja: 57 Nein: 6 Anwesend: 63

Beschluss-Nr.: KT/2017.11.13/Ö-3

Zur weiteren Veranlassung an KU – Prof. Dr. Schraml, ZB

Zur Kenntnis an S, ZB, ZFB 2, KrPA

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage: KU/062/2017
		TOP 4
		öffentlich

Fachbereich: Kommunalunternehmen

Betreff:

ÖPNV - Neuorganisation Verkehrsverbund

Anlage/n: Gesellschaftsvertrag

Sachverhalt:

Die Oberbürgermeister und Landräte der Planungsregionen 2 und 3 haben sich im Spitzengespräch am 18.9.2017 auf Empfehlung der Regierung von Unterfranken und der Arbeitsgruppe der ÖPNV-Beauftragten auf die Gründung einer neuen ÖPNV-Aufgabenträgergesellschaft (siehe Gesellschaftsvertrag anbei) mit Wirkung zum 1.1.2018 geeinigt.

In einer ersten Phase hat die Gesellschaft die Aufgabe, den Kooperationsvertrag mit den Verkehrsunternehmen auszuhandeln und den bestehenden VVM-Tarifverbund um die Planungsregion 3 zu erweitern. Vorrangig geht es darum, sich auf eine Einnahmeaufteilung zu verständigen.

Als Interims-Geschäftsführer für die Anfangsphase wurden Dominik Stiller (für die Planungsregion 2) und Christopher Alm (für die Planungsregion 3) vorgeschlagen. Die Interims-Geschäftsführer sind nebenamtlich tätig und werden wie bisher von ihren Arbeitgebern vergütet. Nach der Anfangsphase soll die Position des/r Geschäftsführer/s ausgeschrieben werden.

Die notwendigen Beschlüsse werden im Herbst in allen kreisfreien Städten und Landkreisen gefasst.

Die Nahverkehr Würzburg-Mainfranken GmbH (NWM) kann damit mit Wirkung zum 31.12.2017 aufgelöst werden. Das NWM-Personal, das abgesehen von Frau Orth (Stadt Würzburg – Schulwegkostenfreiheit), beim KU beschäftigt ist und an die NWM überlassen wurde, wird ab 1.1.2018 ausschließlich für den Landkreis Würzburg (insb. Nahverkehrsplanung, Vollzug des SchKfrG, APG) tätig. Die Kostenbelastung für den Landkreis Würzburg steigt nur unwesentlich, da sich die anderen Aufgabenträger der Planungsregion nur in einem äußerst geringen Maße der NWM bedienen haben und dementsprechend wenig finanziell beigetragen haben.

Die sehr gut funktionierende Zusammenarbeit des Landkreises Würzburg (KU) mit der Stadt Würzburg beim Vollzug des Gesetzes über die Schulwegkostenfreiheit wird auf vertraglicher Grundlage (wie bisher unkompliziert und kollegial) fortgesetzt.

Der Verwaltungsrat wurde in seiner Sitzung am 13.10.2017 mit dieser Angelegenheit befasst.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt

- der Gründung der neuen ÖPNV-Aufgabenträgergesellschaft,
- der Auflösung der NWM GmbH,
- der Bestellung von Dominik Stiller und Christoph Alm zu Interims-Geschäftsführern der neuen Gesellschaft und
- der Wahrnehmung der Gesellschafterrechte durch den Verwaltungsratsvorsitzenden Landrat Eberhard Nuß zu.

Debatte:

Prof. Dr. Schraml erläutert den Sachverhalt.

Kreisrat Müller würde sich darüber freuen, wenn der Landkreis Würzburg ein Fair-Mobil-Landkreis werden würde. Seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe die Vision von einem grünen Mobilpass, der in ganz Deutschland gültig sei. Bei diesem Mobilpass, solle es keine Gruppierung mehr geben (Carsharing, Bikesharing, S-Bahn, Taxi, ÖPNV etc.). Er begrüße die Auflösung der bisherigen Gesellschaft, somit können neue Strukturen entstehen. Seine Fraktion stimme dem Antrag zu.

Kreisrat Halbleib, MdL (SPD), ist der Meinung, dass es ausreichend gewesen wäre, die bisherige Aufgabenträgergesellschaft auszuweiten.

Er stellt folgende Fragen:

1. Wie weit hat man sich bei der Einnahmenaufteilung geeinigt?
2. Gibt es Querverbindungen zu anderen Verbänden?
3. Gibt es andere Modalitäten durch die Neuformierung der Aufgabenträgergesellschaft?
4. Wie schaut es mit der Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen aus?
5. Wie ist die Perspektive zu einer einheitlichen Gesellschaft?

Prof. Dr. Schraml erwähnt, dass nach außen für den Bürger auch weiterhin der Verkehrsverbund Mainfranken steht. Hauptaufgabe wird es sein, die Verkehrsunternehmensangelegenheiten zu regeln. Dazu gehört auch die Einnahmenaufteilung. Diesbezüglich sei man zwar schon weiter, aber noch nicht zu einer Lösung gekommen. Momentan sei man dabei die Modalitäten zu ändern. Positiv sei, durch die Stadt Würzburg einen der größten Verkehrsunternehmer dabei zu haben. Er habe die Hoffnung, dass durch die neue Konstruktion und die Einbindung Verwaltungsrat und Kreistag das Ganze noch effektiver wird.

Kreisrat Halbleib wundert sich, dass erst auf Nachfrage mitgeteilt wird, dass durch die neue Aufgabenstruktur die Vertretung des Kreistags in diesen Aufsichtsgremien nicht mehr stattfindet. Er hätte sich gewünscht, dass dies vorher mitgeteilt worden wäre und bittet darum, diesen Weg nochmals zu überdenken.

Landrat Nuß betont, dass der Landkreis bei den Gesellschafterversammlungen vertreten sei. Dies war nicht einfach, weil ein großer Partner andere Vorstellungen hatte.

Kreisrat Henneberger betont, dass die Erweiterungen für die Bürger in den Grenzregionen des Landkreises ganz wichtig sind. Er weist darauf hin, dass 99 % der Nutzer eine bessere Verbindung im Landkreis Würzburg und zur Stadt Würzburg wollen. Ein Deutschlandticket ist eine gute Idee, aber primär sollten erst im Landkreis Verbesserungen erreicht werden.

Landrat Nuß findet es erstrebenswert, dass Pendler oder Studenten der FH Würzburg-Schweinfurt aus dem Norden des Landkreises mit einer Fahrkarte zu ihrem Arbeits- bzw. Studienplatz nach Schweinfurt kommen.

Kreisrat Henneberger ist der Meinung, dass auch an eine Verbesserung bezüglich der Fahrtzeiten gedacht werden sollte.

Kreisrat Halbleib möchte wissen, ab wann mit einem gemeinsamen Ticket gerechnet werden kann.

Prof. Dr. Schraml erwidert darauf, dass in dieser Wahlperiode nicht mehr damit zu rechnen sei, aber voraussichtlich in der nächsten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Landrat Nuß** den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt

- der Gründung der neuen ÖPNV-Aufgabenträgergesellschaft,
- der Auflösung der NWM GmbH,
- der Bestellung von Dominik Stiller und Christoph Alm zu Interims-Geschäftsführern der neuen Gesellschaft und
- der Wahrnehmung der Gesellschafterrechte durch den Verwaltungsratsvorsitzenden Landrat Eberhard Nuß zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Anwesend: 62

Beschluss-Nr.: KT/2017.11.13/Ö-4

Zur weiteren Veranlassung an KU,

Zur Kenntnis an S, ZB, SFB 4, KrPA,

Münc
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage:
		TOP 5
		öffentlich

Fachbereich:

Betreff:

Bekanntgaben - Sonstiges

- 5.1 Antrag der FDP Würzburg-Land;
Hare-Niemayer beibehalten - Keine Rückschritte beim Wahlrecht**
- 5.2 Ortsumfahrung Rimpf**
- 5.3 Angebot von Führungen im Jobcenter in der Nürnberger Straße 47a**

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage: SFB 2/030/2017
		TOP 5.1
		öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats (SFB2)

Betreff:

Antrag der FDP Würzburg-Land; Hare-Niemayer beibehalten - Keine Rückschritte beim Wahlrecht

Debatte:

Landrat Nuß teilt mit, dass Kreisrat Kuhl (FDP) wiederholt einen Antrag gestellt habe: Der Kreistag Würzburg spricht sich für die Beibehaltung des Wahlrechts nach Hare-Niemeyer für kommunale Wahlen aus. Der bayerische Staatsregierung wird diese Positionierung entsprechend mitgeteilt.

Landrat Nuß informiert, dass er diesen Antrag bisher nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, da eine Entscheidung nicht dem Kreistag obliege. Er teilt weiter mit, dass er das Thema bei der letzten Dienstbesprechung der unterfränkischen Landräte angesprochen habe. Die Landratskollegen haben daraufhin eine dem Anliegen entsprechende Empfehlung an den Bayer. Landkreistag beschlossen. Aus seiner Sicht habe sich dadurch der Antrag erledigt.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an

Zur Kenntnis an S, SFB 2, GB 1, FB 11

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage:
		TOP 5.2
		öffentlich

Fachbereich:

Betreff:

Ortsumfahrung Rimpar

Debatte:

Landrat Nuß teilt mit, dass in der Sitzung am 17.10.2016 beschlossen wurde, dass der Landkreis die Bauträgerschaft übernimmt, da mit der Verlegung der Wü 3 und der Wü 8 zwei Kreisstraßen betroffen sind. Weiterhin wurde beschlossen, dass sich der Landkreis am Ende mit einer Zuwendung in Höhe von 3 Mio Euro bei Verwirklichung der Gesamtmaßnahme beteiligt.

Bekannt sei, dass die Maßnahme in zwei Bauabschnitten erfolgen soll. Es wird von einer Westumfahrung gesprochen und von einer Südumfahrung. Für jeden Bauabschnitt ist ein eigenes Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Die Marktgemeinde Rimpar habe ein Ingenieurbüro mit der Erstellung der Unterlagen für das notwendige Planfeststellungsverfahren zur Westumfahrung beauftragt. Diese Unterlagen seien zwischenzeitlich erstellt und von der Regierung von Unterfranken vorgeprüft und nach einigen Nachbesserungen auch so verabschiedet. Die fertigen Unterlagen wurden anschließend vom Straßenbauamt Würzburg nochmals geprüft. Auch die Vorprüfung beim Straßenbauamt Würzburg ist zwischenzeitlich abgeschlossen, mit dem Ergebnis, dass der Landkreis Würzburg die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens bei der Regierung beantragen könnte.

Landrat Nuß führt weiter aus, dass sich zwischenzeitlich in Rimpar eine neue Bürgerinitiative gegründet habe, die die geplante Trassenführung im Westen in Frage stellt. Er teilt mit, dass es auch diversen Schriftverkehr an ihn als Landrat gebe. Er äußert sich, dass er gegenüber der Bürgerinitiative klar zum Ausdruck gebracht habe, dass die Trassenfindung und die Trassenplanung ausschließlich Sache der Gemeinde ist und der Landkreis darauf keinen Einfluss nimmt.

Um bei dem jetzigen Planfeststellungsverfahren nicht aneinander vorbeizureden, wird eine klare Willensbildung des Marktgemeinderats Rimpar benötigt, auf welcher Trasse die Westumfahrung verwirklicht werden soll. Sobald sich der Marktgemeinderat klar positioniert hat, werden die Antragsunterlagen seitens des Landkreises eingereicht werden.

Bürgermeister Losert teilt mit, dass der Gemeinderat von Rimpar einstimmig die Meinung vertritt, dass diese Tassenführung, so wie sie auch vom Landkreis und von den Fachbehörden geprüft ist, sinnvoll und durchführbar ist. Er erläutert, dass die Bürgerinitiative eine weitreichende Lösung möchte - das wäre der Südkorridor B26n - diesem wird der Gemeinderat von Rimpar nicht Folge leisten. Was möglich wäre ist, dass man eine modifizierte Möglichkeit prüft. Hier sei der Gemeinderat derzeit im Dialog mit den Widerspruchsführern. Sollte es zu keinem Ergebnis führen, werde das Planfeststellungsverfahren mit der geplanten Trassenführung durchgeführt. Einsprüche von Beteiligten können dann eingereicht werden. Der

Marktgemeinderat wird sich jedoch nochmals intensiv mit dem Thema beschäftigen. Eine entsprechende Antwort wird dem Landratsamt dann mitgeteilt werden.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an S

Münc
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 13.11.2017	Vorlage:
		TOP 5.3
		öffentlich

Fachbereich:

Betreff:

Angebot von Führungen im Jobcenter in der Nürnberger Straße 47a

Debatte:

Landrat Nuß weist darauf hin, dass das Jobcenter sich zwischenzeitlich im neuen Gebäude in der Nürnberger Straße etabliert habe. Um sich ein Bild von den Örtlichkeiten machen zu können, werden seitens des Geschäftsbereichsleiters, Herrn Huppmann, und seinem Team Führungen für die Kreisräte im Jobcenter angeboten.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an GB 4, FB 41

Zur Kenntnis an

Landrat Nuß beendet den öffentlichen Teil um 10:50 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r